

## Musterbrief

### ➤ **Musterbrief: Zurückweisung einer unberechtigten Forderung / Rückforderung geleisteter Zahlungen:** **service-nachsendeauftrag.de**

Kopieren Sie den Text in ein Textverarbeitungsprogramm (z. B. Word, OpenOffice) bzw. schreiben ihn ab und passen ihn an Ihren Sachverhalt an. Fertigen Sie vor dem Versand eine Kopie des Schreibens an und versenden das Original per Einwurfeinschreiben.

Der Lieferstatus kann mithilfe des Einlieferungsbelegs bis zu 12 Monate nach Abgabe unter der Tel.-Nr. 0228 4333112 oder online abgefragt werden: [www.deutschepost.de/briefstatus](http://www.deutschepost.de/briefstatus). Drucken Sie den Nachweis über das Zustelldatum aus, heften ihn an die Kopie Ihres Schreibens und bewahren es sorgfältig auf.

(Absender: *bitte ergänzen Sie Ihre Daten*)

#### **Einwurf-Einschreiben**

SSS-Software Special Service GmbH  
Amselweg 40  
56593 Horhausen

Vorab per E-Mail: [info@service-nachsendeauftrag.de](mailto:info@service-nachsendeauftrag.de)

(Ort, Datum)

#### **Ihre unberechtigte Rechnung vom ... (Datum eintragen) mit Bitte um Rückzahlung**

*(falls schon bezahlt)*

**Kunden-Nr.:** ... *(falls Ihnen bekannt)*

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom ... *(Datum eintragen)* machen Sie einen Betrag in Höhe von 138 EUR für die angebliche Inanspruchnahme einer Online-Serviceleistung zum Postnachsendeauftrag gegen mich geltend.

Ich bestreite, dass der Abschluss eines kostenpflichtigen Vertrages auf der betroffenen Internetseite [service-nachsendeauftrag.de](http://service-nachsendeauftrag.de) überhaupt hinreichend kenntlich gemacht war, da ich in Kenntnis dieser Umstände keine Bestellung getätigt hätte.

Ich bestreite ferner, dass Sie mir unmittelbar vor Abgabe meiner Bestellung auf der betroffenen Internetseite [service-nachsendeauftrag.de](http://service-nachsendeauftrag.de) die wesentlichen Merkmale der Dienstleistung sowie den Gesamtpreis klar und verständlich und in hervorgehobener Weise zur Verfügung gestellt haben (§ 312j Absatz 2 BGB).

Insofern mache ich Sie auf Ihre Beweislast aus § 312m Absatz 2 BGB aufmerksam.

Musterbrief

Hätte ich erkannt, dass Sie ein Entgelt von 138 EUR allein dafür berechnen, dass Sie die von mir eingegebenen Daten an die Post übermitteln, hätte ich die Seite keinesfalls genutzt. Ferner haben Sie auch den Gesamtpreis nicht in hervorgehobener Weise dargestellt, sondern nur den Monatspreis von 11,50 € (bei einer Nachsendung von 12 Monaten). Der sofort fällig werdende Gesamtpreis in Höhe von 138 € wurde von Ihnen demgegenüber gar nicht hervorgehoben und geht im Textbild unter.

Selbst wenn aufgrund der behaupteten Bestellung ein Vertrag zustande gekommen sein sollte, verlange ich von Ihnen hilfsweise die Vertragsauflösung und Rückabwicklung als Schadenersatzanspruch aus § 311 Absatz 2 i.V. m. § 280 BGB wegen der beschriebenen Verletzung von vorvertraglichen Informationspflichten gemäß § 312j Absatz 2 BGB. Mein Anspruch ergibt sich daneben auch aus § 9 Abs. 2 UWG wegen der darin gleichzeitig bestehenden unzulässigen geschäftlichen Handlung gemäß § 3 Abs. 1 i.V. m. §§ 5, 5b UWG.

Außerdem ist ein vermeintlich zustande gekommener Vertrag auch schon nach § 138 BGB nichtig. Ihr Formular ist in wesentlichen Teilen identisch bzw. verwechselbar ähnlich mit denen, die auf den Webseiten der Deutsche Post AG zur Verfügung gestellt werden, ohne dass mit der Nutzung Ihrer Seite irgendein Zusatznutzen verbunden ist. Sie berechnen vielmehr für die bloße automatisierte Übermittlung der von mir eingegebenen Daten (Name und neue Adresse) ein Entgelt von 138 EUR und damit nahezu das Vierfache dessen, was der Online-Nachsendeservice bei der Post kostet (37,90 EUR für den Nachsendeservice für 12 Monate).

Dies erfüllt den Wuchertatbestand bzw. ist jedenfalls als wucherähnlich anzusehen.

Ich bin auf Ihre Seite im Übrigen nur deswegen hereingefallen, weil Sie durch geschickt platzierte Google-Anzeigen dafür sorgen, dass Verbraucher:innen auf Ihre Webseite gelangen. Ihre Seite ist zudem grafisch so gestaltet, dass man zunächst davon ausgeht, sich auf der Seite der Deutschen Post zu befinden. Bei den Preisangaben ist nicht hinreichend klar erkennbar, dass es sich dabei in erster Linie um ein Entgelt für die bloße Übermittlung der Daten (Name und Adresse) an die Post handelt.

Vorsorglich erkläre ich ferner

- die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung sowie eines Irrtums über den Inhalt der abgegebenen Willenserklärungen und
- weil ich eine solche Erklärung überhaupt nicht abgeben wollte (Erklärungsirrtum).

Schließlich erkläre ich vorsorglich den Widerruf nach §§ 312g Absatz 1, 312c, 355 BGB. Insoweit bestreite ich auch, dass Sie im Moment meines Widerrufs Ihre vertragliche Leistung bereits vollständig erfüllt haben.

Die Bestätigung, dass Sie gegen mich keine Ansprüche aus dem o.g. Vertrag mehr geltend machen, erwarte ich

**bis zum ... (Datum 14 Tage ab Datum dieses Schreibens).**

*[ergänzen, wenn Sie schon bezahlt haben:]*

Schließlich fordere ich Sie auf, den bereits bezahlten Betrag in Höhe von ... EUR auf folgendes Konto ... (*IBAN eintragen*) bei der ... (*Bankinstitut einsetzen*) zurück zu überweisen.

Die Rückzahlung erwarte ich

**bis zum ...** (*Datum 14 Tage ab Datum dieses Schreibens*).]

Da es sich nunmehr um eine bestrittene Forderung handelt, weise ich ausdrücklich auf die Unzulässigkeit einer Übermittlung von Daten an Auskunftfeien gem. Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) DSGVO in Verbindung mit § 31 Abs.2 S. 1 Nr. 4d Bundesdatenschutzgesetz hin.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)